

Beilage zu Nummer 59 der Volksstimme.

Donnerstag den 11. März 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 11. März 1915.

Der privatkapitalistische Handel und das Gemeinwohl.

Das Recht auf Ausbeutung der Konsumenten will sich der Handel auch in der Zeit der Kriegsnot nicht nehmen lassen. Mit schellen Augen sieht er auf die von öffentlichen Körpern getroffenen Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, und wo in dieser Beziehung sich etwas hinterziehen läßt, da geschieht es. Es müssen schon sehr rückgratfeste Leute am Ruder stehen, wenn diese Einrichtungen aus der machtvollen Handelswelt zurückgewiesen werden. Die Stadt Mainz kaufte z. B. kürzlich eine größere Menge Reis und beabsichtigte, die Ware unter Mitwirkung des Handels auf den Mainzer Markt zu bringen. Die Großhändler sollten den üblichen Handelsgewinn von 4 Mark pro Doppelzentner garantiert erhalten. Aber sie lehnten ab, der Bevölkerung ein billiges Nahrungsmittel zugänglich zu machen. Die Stadt wollte nun die Ware den Kleinhändlern direkt zur Verfügung stellen unter der Bedingung, bestimmten Verkaufspreise einzuhalten. Die vorgeschriebenen Preise liegen den Händlern ebenfalls den in der Branche üblichen Handelsgewinn. Doch auch die Kleinhändler, insbesondere jene, die dem Robatsparverein angehören, waren schon bearbeitet und lehnten es ebenfalls ab, den von der Stadt gelieferten Reis zu verkaufen. Nicht genug damit. Ein schönes Tages erschien eine Deputation von Vertretern des Handels auf dem Stadthaus und protestierte dagegen, daß die Stadt sich unterstehe, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Niemand, dem die Ernährung unseres Volkes eine ernste Sorge ist, wird der Stadt Mainz einen Vorwurf aus ihrem Verhalten machen, auch dann nicht, wenn sie etwa die gekauften Lebensmittel unmittelbar an die Konsumenten abgegeben hätte. Der Handel aber, oder doch wenigstens ein großer Teil von ihm, hemmt sich mit Händen und Füßen gegen die Gebote der Vernunft, obwohl ihm kein üblicher Profit gar nicht geschmälert werden sollte. Er will sich die Verkaufspreise nicht von der Stadt vorschreiben lassen — diese Begründung seines Verhaltens hat in der Zeit der Preistreiberi und Umgehung der Höchstpreise gerade noch gefehlt.

Es mag noch mitgeteilt werden, daß der Konsumverein Mainz Reis von der Stadt zur Verteilung übernahm, was ja auch selbstverständlich ist. In der städtischen Kommission, zu deren Aufgabe die Beschaffung von Nahrungsmitteln gehört, wurde darauf hingewiesen, daß man den Konsumverein hies in Anspruch nehmen müsse, wenn man den Verbrauchern billige Nahrungsmittel verschaffen wolle. Der Konsumverein bieste die Gewähr, daß die Abichten der Stadtverwaltung verwirklicht werden.

Andererseits ist nicht besser. Das Händlerturn kennt eben nur sein Interesse; wie das Volk dabei besteht, ist ihm gleichgültig. Das ist eben das Betäubende und zugleich das Niederdrückende in diesen schlimmen Kriegsjahren, daß einzelne Menschen allen Gemeinwohl bar und nur darauf aus sind, ihren Profit zu mehren; um noch dem Krieg als „gemachte Leute“ auftreten zu können. Das hält sie natürlich nicht ab, sich öffentlich als „große Patrioten“ aufzuführen. Egoismus und Heuchelei spielen jetzt im Leben eine große Rolle.

Ein Magistrat gegen die Kriegsgetreidegesellschaft.

Die Verhältnisse, denen die Kriegsgetreidegesellschaft bei der Verteilung der beschlagnahmten Korn- und Mehlvorräte folgt, haben Zustände geschaffen, unter denen besonders die großen Städte schwer leiden. Mehl und Brot hat in den großen Gemeinden eine außerordentliche Verteuerung erfahren, während es vielfach unmittelbar vor den Toren der Stadt wesentlich billiger ist. In Magdeburg z. B. haben sich Verhältnisse entwickelt, die den dortigen Magistrat zu einer öffentlichen Kundgebung gegen die Kriegsgetreidegesellschaft veranlaßten. Er schreibt u. a.:

„Mehl und Brot, das in Magdeburg soeben eine außerordentliche Verteuerung erfahren hat, ist unmittelbar vor den Toren der Stadt wesentlich billiger als früher. Einer der anliegenden Landkreise ist z. B. in der Lage, Roggenmehl zum Preise von 31 Mark innerhalb seines Bezirks abzugeben, also um 8 Mark niedriger als unsere Großstädte das Mehl von der Kriegsgetreidegesellschaft erhalten. Dabei soll dem Vernehmen nach auch bei dem Preise von 31 Mark noch ein angemessener Nutzen für den Kreis verbleiben.

Der Grund dieser Ungleichheit ist der, daß die Landkreise selbst aus ihrem Bezirk Roggen erwerben konnten, während in den Stadtkreisen die geringe Menge des vorhandenen Roggens von der Kriegsgetreidegesellschaft gekauft ist und den Gemeinden vorenthalten wird.

Es ist tief bedauerlich, daß durch solche Ungleichheiten die großstädtischen Arbeiter, die ohnehin schon durch die Verteuerung der anderen Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln, viel härter betroffen sind, als die Landbewohner, noch zugunsten der Kriegsgesellschaft befreit werden.

Das Verfahren, den Großstädtern nicht Korn, sondern Mehl zur Verfügung zu stellen, hat aber noch andere Unbilligkeiten im Gefolge. Insbesondere werden dadurch die kleinen Mühlen vollkommen lahmgelegt, da die Kriegsgetreidegesellschaft nur die großen Mühlen beschäftigt. Auch hier erscheint eine solche einseitige Begünstigung der Großbetriebe äußerst bedenklich.

Ob der Notlage des Magdeburger Magistrats — denn so kann man seine Auslassungen wohl bezeichnen — Gehör finden wird? Nebenfalls ist das hier gekennzeichnete Verfahren der Kriegsgetreidegesellschaft ein höchst merkwürdiges und bedenkliches, das beweist, wie notwendig ein ärztlicher Einfluß der Städteverwaltungen auf diese Gesellschaft ist.

Die Dentisten und der Gistschein.

Für die Zahnärzte und sonstigen nichtapprobierten Zahnheilkundigen ist ein Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 8. März von weittragender Bedeutung.

In dem Rechtsstreit der Dentisten Artiso Batti in Frankfurt a. M. und Erich in Homburg v. d. S. wider den Oberprä-

sidenten der Provinz Hessen-Rheinland handelte es sich um die Erlangung eines Gistscheins zur Beschaffung von Arsen und Cocain, welche Mittel von den Dentisten für die Zwecke ihres Berufes notwendig gebraucht werden. Dieser Rechtsstreit, wie eine Reihe anderer Prozesse von Dentisten aus demselben Grunde, hat eine Vorgeschichte. Das Oberverwaltungsgericht hat sich vor einigen Jahren gegen den Versuch ausgesprochen, die Dentisten als Dentisten schlichtweg für ungenehmigt im Sinne der ministeriellen Gistverordnung vom 22. Februar 1906 zu behandeln, welche vorschreibt:

Gist darf nur an solche Personen abgegeben werden, die als zuverlässig bekannt sind und das Gist zu einem erlaubten gewerblichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zweck benutzen wollen. Sofern der Abgebende den dem Vorhandensein dieser Voraussetzungen sichere Kenntnis nicht hat, darf das Gist nur gegen Erlaubnisbescheinigung abgegeben werden.

Die Erlaubnisbescheinigung werden von der Ortspolizeibehörde nach Prüfung der Sachlage gemäß Anlage III ausgestellt.

Das Oberverwaltungsgericht sprach damals in der Hauptsache aus, die Zuverlässigkeit im Sinne dieser Verordnung dürfe nicht aus allgemeinen Erwägungen den Angehörigen einer ganzen Berufsgruppe generell abgesprochen werden, sondern die Zuverlässigkeit sei von Fall zu Fall zu prüfen. Die Verlangung des Gistscheins an verschiedene Dentisten wurde damals aufgehoben, weil gegen die individuelle Zuverlässigkeit der Betreffenden nichts vorgebracht worden war.

Nach dieser Entscheidung und mit Bezugnahme darauf ließ nun der Minister des Innern durch einen Erlaß den nachgeordneten Behörden, insbesondere den Ortspolizeibehörden, nahelegen, daß mit Bezug auf die Beschaffung jener Mittel durch Dentisten als entgegenstehende Norm die ministerielle Bekanntmachung vom 22. Juni 1906, betreffend die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, ergangen auf Grund eines Bundesratsbeschlusses vom 13. Mai 1906, in Frage käme. Danach dürften die in einem Verzeichnis aufgeführten Drogen und Präparate nur auf das Rezept eines Arztes, eines Zahnarztes oder eines Tierarztes als Heilmittel an das Publikum abgegeben werden. Eine Tätigkeit, die ohne derartiges Rezept die fraglichen Mittel oder Zubereitungen als Heilmittel verende, könne nicht als erlaubt im Sinne des § 12 der Gistverordnung von 1906 angesehen werden. Die Polizeibehörde könne mithin auch nicht, entsprechend dem vorgezeichneten Erlaubnisbeschein, die Bescheinigung ausstellen, daß gegen das Vorhandensein eines Dentisten, diese Zubereitungen als Heilmittel zu verwenden, nichts zu erinern sei.

Entsprechend dieser ministeriellen Anweisung waren dem Kläger und anderen Dentisten der Gistschein zum Bezug von Arsen und Cocain verweigert worden. — Beschwerden beim Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten hatten keinen Erfolg. Rechtsanwalt Wolfgang Heide als Vertreter der Dentisten trat in eingehenden Rechtsausführungen der Auffassung des Ministers und der nachgeordneten Behörden entgegen und verwies darauf, daß es sich hier um eine Erlaubnisfrage der Dentisten handele. Außerdem wies er auf die Reichsverfassung hin, die unter gewissen Voraussetzungen Zahnärzten bei den Krankenkassen zulasst.

Das Oberverwaltungsgericht schied den Weisheit des beklagten Oberpräsidenten und die polizeiliche Verfügung, durch welche der Gistverleihschein verweigert worden war, außer Kraft. — Ebenso erklärte es in den anderen noch anstehenden gleichartigen Streitfällen. Das Gericht erklärte, daß seine frühere, oben erwähnte Entscheidung ausnahmslos sei. Dabei bleibe es. — In der früheren Entscheidung ist u. a. auch ausgeführt, daß die Ausübung der Zahnheilkunde durch Dentisten auch unter Anwendung des Gists erfolgen dürfe und daß für die Erlangung eines Gistscheins nur nachzuweisen sei, ob jeweils der Betreffende in Einzelperson die Zuverlässigkeit inne wohne, wie sie § 12 der Gistverordnung von 1906 vorschreibe. Der Verwaltungsgericht der fraglichen Gist sei auch bei Dentisten erlaubt. — Wegen der persönlichen Zuverlässigkeit der Kläger im einzelnen war nichts vorgebracht. Deshalb waren die den Gistschein verweigenden Verfügungen aufzuheben.

Stadtvorordnetenversammlung findet am nächsten Freitag statt.

Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Beteiligung der Stadt an der zweiten Kriegsanleihe. Bewilligung von 500 Mark an die Notleidenden in Rußisch-Polen. Beschaffung von 2 elektrischen Automobilen-Vorpannwagen als Ersatz für Pferde. Regelung der Vertikwabtssteuer. Steuerordnung für Kinos. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion betr. Regelung der Preise für Mehl, Brot und Brötchen, und Erhöhung der Kriegsunterstützungssätze.

Die Steuer auf die Kinematographen-Theater soll nach dem Vorschlag des Magistrats eine Aenderung dahingehend erfahren, daß nicht mehr wie bisher ein Pauschalbetrag zu zahlen ist, sondern eine Einkommensteuer erhoben wird. Die neue Steuer beträgt für jede ansehnliche Mark als Eintrittspreis 5 Pf. Dieser Satz ist bedeutend niedriger wie der, den der Magistrat im letzten Jahre vorgeschlagen hatte. Der Steuerbetrag ist auf den Eintrittskarte zu verzeichnen. Auch Vorstellungen, bei denen keine Karten ausgegeben werden, sowie Freikarten unterliegen der neuen Steuerordnung. Von der Luftfahrtssteuer sind dagegen die Kinos befreit.

Schuldig: Auf Anweisung der Militärbehörden finden gegenwärtig in den Truppenteilen Erhebungen statt, die sich auf den Erlaß des Schulgeldes für die höheren Schulen befindenden Kinder bezieht, zum Zweck, die einkommensschwachen Familien zu begünstigen.

Mehl- und Brotverkauf. Nach einem Bericht im „Wiesbadener Tagblatt“ soll der Verkauf von Mehl ab Montag den 15. März nur noch durch die Händler Finzer und Westenberg, sowie die Bäckereiwirtschaft erfolgen. Wir können nach eingehenden Erkundigungen feststellen, daß das falsch ist. Der Verkauf kann noch wie vor in allen Geschäften erfolgen, die vorher schon Mehl verkauft haben. Desgleichen ist von einzelnen Polizeibeamten die Nachricht ausgebreitet worden, daß der Konsumverein kein Brot mehr verkaufen dürfe; sondern nur die hiesigen Bäckereiwirtschaft. Das ist natürlich gleichfalls unrichtig. Nach wie vor wird der Konsumverein Mehl und Brot an seine Mitglieder abgeben. Alle gegenteiligen Behauptungen entbehren jeden Grundes.

Zählung der Kartoffelbestände. Wie der Magistrat bekannt gibt, findet auf Anordnung des Bundesrates eine Zählung der am 15. März vorhandenen Kartoffelbestände statt. Angekündigt ist jeder, der einen Zentner und mehr Kartoffeln im Besitz hat. Diejenigen, die bereits in der Zählung am 1. März dem Magistrat ihre Angaben gemacht haben, haben nur die Veränderungen ihrer Bestände, soweit diese einen Zentner übersteigen, anzugeben, was sowohl schriftlich wie mündlich im Rathaus, Zimmer 42, geschehen kann. Bestände unter einem Zentner sind nicht anzugeben. Alles Nähere ist aus der Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer zu erfahren.

Zu vergiffen versuchte sich am Dienstag mittag in der Saalstraße ein Dienstmädchen mittels Leuchtgas. Ihre Absicht hat sie nicht ganz erreicht. Sie wurde noch rechtzeitig

entdeckt, so daß man sie ins Krankenhaus bringen konnte, wo sich ihr Zustand derart gebessert hat, daß keine Lebensgefahr mehr besteht. Das Mädchen hat die Tat aus gekränktem Ehrgeiz begangen.

Geländet. Die 19jährige Elise Doneder von hier, die schon seit Wochen von ihren Eltern als vermißt gemeldet ist, wurde am Dienstag bei Buderheim als Leiche aus dem Rhein gezogen. Was das junge Mädchen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht festzustellen gewesen.

Ein neuer Postwagenbrand. Unlängst ist wieder ein mit Postsendungen beladener Eisenbahnpostwagen, offenbar infolge Selbstentzündung einer Sendung, zwischen den an der Ostbahn gelegenen Stationen Relsede und Strausberg in Brand geraten. Der Wagen war in Bromberg mit 600 Paketen und 80 Briefsäcken, enthaltend Postpaketen, die zum Teil für die Postpostsammlstellen in Köln-Deutz, West, Stralburg, Trier und Berlin bestimmt waren, beladen worden. Ein Teil der Ladung ist verbrannt, ein anderer Teil hat beim Löschen des Feuers durch das Wasser gelitten; nur wenige Sendungen sind unversehrt geblieben. In dem Brandschutt haben sich an verschiedenen Stellen Reste von Streichholzschnitzeln, sowie die Hülle einer Militärpatrone vorgefunden. Der Viehbrand, feuergefährliche Sachen in Postsendungen zu verschicken, hat offenbar auch in diesem Falle den Brand verursacht. Von amlicher Seite ist mit Rücksicht auf die wiederholt vorgekommenen Selbstentzündungen von Postsendungen und die dadurch hervorgerufenen umfangreichen Brände vor der Verwendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Post dringend gewarnt worden. Diese Warnung kann nicht ernstlich genug wiederholt werden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Stickstoff-Handelsmonopol.

Dem Reichstag ist ein „Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols“ zugegangen. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesrat wird ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1922 für die a) anorganischen stickstoffhaltigen Mineralien, b) aus Naturerzeugnissen, sowie aus Stickstoffprimär hergestellten künstlichen Stickstoffverbindungen, c) aus den unter a) und b) genannten oder anderen Stoffen erzeugten stickstoffhaltigen Düngemitteln ein Handelsmonopol einzuführen und die hierfür erforderlichen Vorschriften zu erlassen.

Ueber den 31. März 1922 hinaus darf das Handelsmonopol nur auf der Grundlage eines besonderen Reichsgesetzes errichtet werden.

Die dem Ermächtigungsgesetz beigefügte Begründung lautet: „Die deutsche Landwirtschaft und Industrie, insbesondere die Sprengstoffindustrie, waren bisher für ihren Bedarf an stickstoffhaltigen Verbindungen in hohem Maße von der Zufuhr aus dem Ausland abhängig. Zwar wurden sehr große Mengen dieser Stoffe im Inland als Nebenerzeugnisse der Kokereien, Gasanstalten usw. bei der Verarbeitung von Stehle, Torf und dergl. gewonnen, doch genigten die so erzeugten Mengen nicht, um den steigenden Bedarf der Landwirtschaft und Industrie zu decken. Dank den Forschungen deutscher Gelehrter ist es gelungen, Verfahren auszuarbeiten, die die Gewinnung stickstoffhaltiger Verbindungen aus dem unererschöpflichen Vorrat der Luft ermöglichen. Nachdem infolge des Krieges durch das Aufheben der Einfuhr von Chilesalpetern und anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln eingetretener Mangel an Stickstoffverbindungen haben große Schäden und finanzielle Opfer seitens des Reiches und Preußens es während des Krieges zuzunehmen gebracht, für den Ausfall Ersatz zu schaffen und eine Stickstoffindustrie ins Leben zu rufen, die in Zukunft die Bedürfnisse der Landwirtschaft und Industrie decken kann. Zur Erhaltung dieser in Kriegsjahren geschaffenen, für die Sicherung der Ernährung der Landwirtschaft und des Rohstoffbedarfs der Sprengstoffherstellung überaus wichtigen Stickstoffindustrie auch nach dem Kriege muß deren Rentabilität sichergestellt werden. Das läßt sich erreichen, ohne daß der Landwirtschaft die ihr unbedingt nötigen Stickstoffdüngemittel gegenüber den bisher von ihr gezahlten Preisen irgendwie verteuert werden. Die Berechnung der Produktionskosten der neuen Anlagen ergibt vielmehr, daß die Landwirtschaft auf die Dauer zu geringeren als den bisherigen Preisen mit Stickstoff versorgt werden kann. Eine Sicherung der Rentabilität der neuen Anlagen und damit die dauernde Erhaltung der angebotenen Vorteile kann nur dadurch gewährleistet werden, daß die Möglichkeit der sofortigen Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols geschaffen wird. Bei der Notwendigkeit eines solchen Vorgehens bietet sich dazu jetzt nur der eine Weg, daß dem Bundesrat durch ein Gesetz die Ermächtigung erteilt wird, ein Handelsmonopol einzuführen. Die vom Bundesrat zu erlassenden Vorschriften werden nur als ein Notgesetz angesehen sein. Ueber ein endgültiges Gesetz werden zu gegebener Zeit die beiden gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu beschließen haben.

Unter den anorganischen, stickstoffhaltigen Mineralien (a) sind verstanden der Kalisalpeter und der Chilesalpeter. Zu den aus Naturerzeugnissen sowie als Stickstoffprimär herstellbaren künstlichen Stickstoffverbindungen (b) gehören hauptsächlich folgende Stoffe: Salpetersäure, salpetrige Säure, Ammoniakgas, Kalistickstoff. Die Vorschriften unter c) umfassen hauptsächlich künstlich hergestellte salpetersäure und salpetrige Salze, Kalisalpeter, Natriumsalpeter, Kalisalpeter, Ammoniumsalpeter, Natriumnitrit, schwefelsaures Ammoniak, Hornstoff und Guanidin.“

Das Gesetz ist der Budgetkommission überwiesen worden.

Dohheim, 11. März. (Ein gemeiner Streich) wurde einem hiesigen Geschäftsmann gespielt. Der Mann erhielt kürzlich zu seiner Ueberraschung einen Gestellungsbescheid, und als er diesem Folge leistete, wurde ihm auf dem Gestellungsbureau ein mit seiner Unterschrift versehenes Schriftstück vorgelegt, in dem er sich freiwillig als Krankenpfleger zur Verfügung gestellt hatte. Das Schriftstück war gefälscht und rührte offenbar von einer Frau her, die den „Kriegsfreiwilligen“ anheimelnd lieber in der Feldgarne Uniform als in Zivil leben wollte.

Langenshwalbach, 10. März. (Ein bedauerliches Ende.) Gestern mittag wurde in Adolfs die Leiche der Frau Kunz aus der Not geborgen. Die Verstorbenen war hier über vierzig Jahre Gebirgs- und war allgemein beliebt. Nach dem „Arbeiten“ ist ihr Tod in folgender Weise eingetreten: Sie fühlte sich in der letzten Zeit nicht mehr wohl, ging, aber trotzdem gestern vormittag nach Schwalbach, um

dort ihren Dienst zu verrichten. Bei der Heimkehr folgte sie dem abgewandten Pfad längs der Felsen am Bach. Dort traf sie ein Schlaganfall, sie stürzte nieder, fiel in den Bach und ertrank.

Aus den umliegenden Kreisen.

Der Mord in der Villenkolonie.

(Schwurgericht Darmstadt.)

Der Angeklagte Student der Medizin Wilhelm Vogt ist sehr gefaßt und schaut sich fest sorglos um. Die Angeklagte Witwe Hedrich macht dahingegen einen sehr gebrochenen Eindruck. Ihr nichtsagendes Gesicht zeigt die unüberwindlichen Spuren der langen Unterjochung. Ihre Gestalt hat durchaus nichts Anziehendes.

Vor Eintritt in die Verhandlung wird die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sitte geschlossen. Die Presse bleibt zugelassen unter der Bedingung diskreter Berichterstattung. Zunächst wird der Angeklagte Vogt vernommen. Er schildert kurz seinen Werdegang, weiter wie er in das Haus Hedrich gekommen ist, wie er die Eheleute H. schließlich „Onkel“ und „Tante“ nannte, daß der Ehemann mindestens von den Beziehungen des jungen Studenten zur Frau getauft habe, und wie sich die Morde am Samstag den 16. Mai, nachmittags, abspielte.

Vor.: Sie hatten den Plan, den Mann umzubringen, schon längere Zeit mit sich herumgetragen? — Angekl.: Ja. Aber keinen Plan! — Vor.: Wann ist der bewußte Gedanke zuerst bei Ihnen aufgetaucht? — Angekl. (hundert): — Vor.: Im Sommer 1913 begannen Ihre sexuellen Beziehungen zu Frau H. Im Herbst mußte die Frau operiert werden. — Angekl.: Ja, sie sagte mir, daß sie von ihrem Mann angefaßt worden sei. — Vor.: Sie haben dem Mann darüber Vorhaltungen gemacht? — Angekl.: Ja. — Vor.: Wer hat denn zum ersten Male ausgesprochen, daß der Mann überflüssig sei? — Angekl.: Ich nicht. — Vor.: Also die Frau H.? — Angekl.: Auf Einzelheiten entsinne ich mich nicht. — Vor.: Wann hat der Gedanke, daß das Leben mit Hedrich unerträglich sei, festere Gestalt angenommen? — Angekl.: Wir spielten ständig mit dem Gedanken. Im Café Oper sagte die Frau zu mir, daß sie sich lieber das Leben nehmen wolle, als es so weiterführen. Ich wollte meine Rechte an die Frau durch ein Duell verteidigen, die Frau jedoch riet mir davon ab. Der Gedanke aber ließ mich nicht los, daß Hedrich ja so gar keinen Zweck auf der Welt hätte!

Der Angeklagte erzählt dann die Vorgänge des Vergiftungsversuches an den Boulevarde-Abend des 3. Mai. Unter Lächeln mit der Frau hatte er absoluten Alkohol in die Wölfe geschüttet um H. betrunken zu machen. Wenn die Frau zu ihm gesagt hätte, er solle in den Boog springen, so hätte er das in seiner damaligen Stimmung getan. Frau H. habe ihm später erst erzählt, wie sie den Mordversuch ausgeführt habe. Auf das Ersuchen des Vorsitzenden erklärte Vogt, über das „Wie“ vorerst nichts zu sagen. Er wolle alles sagen, aber nur soweit als die eigene Schuld trifft. Schließlich nahm er Bezug auf seine Protokolle, in denen das niedergelegt ist, daß er geradezu erschrocken war über die Kaltblütigkeit, mit der die Frau dabei vorgegangen sei.

Vor.: Hat nicht Frau H. zu Ihnen gesagt, daß es ein gutes Werk sei, wenn der Onkel (Ihr Mann) mit allen seinen Fehlern heiligt würde? — Angekl.: Das war wohl immer das Grundmotiv. — Vor.: Ist Ihnen nicht einmal gedämmert, eigentlich von der Frau geschoben zu werden? — Angekl.: Erbielt später ist mir das eingefallen. — Vor.: Sie wollten also H. umbringen? — Angekl.: Ja, ich hielt es doch für eine gute Tat. Ich lehne es aber vollständig ab, daß irgend welche materielle Gründe auch nur im geringsten in mir angeregt sind. — Vor.: Ueber die Tat haben Sie die Wahrheit gesagt? — Angekl.: Vogt: Ja. — Vor.: Und Sie tun Ihnen leid? — Angekl.: Selbstverständlich. — Vor.: Sie geben also die Tat zu, verneinen indessen die Ueberlegung? — Angekl.: Ja. Vor.: Wie stellen Sie sich zur Anklage wegen Beihilfe zum Mordversuch? In der Vorunternehmung haben Sie auch das zugegeben. — Angekl.: Ich bestreite diese Beihilfe; ich habe wirklich nicht an den Gasanordnungen geglaubt. — Vor.: Und die Geschicht: mit dem absoluten Alkohol? — Der Angeklagte schweigt; sieht aber bald spontan hinzu, es sei außer Zweifel, daß er Reue empfinde.

In der Nachmittags-Sitzung wird Frau Hedrich vernommen. Sie gibt das bekannte Bild ihrer trüben Ehe und bedrückten Vergangenheit. Das Verhältnis zu Vogt habe ihr Mann gewissermaßen geduldet. Er wollte wohl damit freie Bahn haben für seine nicht zu geringen sexuellen Bedürfnisse. Vogt hingegen habe ihr den Verkehr mit ihrem Mann geradezu verboten.

Vor.: Der Vogt behauptet doch, daß der erste Schritt zu den sexuellen Beziehungen von Ihnen ausgegangen sei? — Angekl.: Hedrich: Er kann das gewiß nicht aufrechterhalten. Er wird auch nicht sagen können, daß ich besonders gütlich mit ihm gewesen bin. — Vor.: Angeklagter Vogt, wie ist das? — Angekl.: Vogt: Sie wird mir wohl nicht gleich die ganze Hand haben geben wollen, sie war damals im Wollst. — Angekl.: Hedrich: Das war kein Realis. — Angekl.: Vogt: Ich habe es so betrachtet.

Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erklärt die Angeklagte Hedrich, ganz entschieden beizutreten zu müssen, daß sie mit den Mordplänen Vogts auch nur das geringste zu tun gehabt habe.

Vor.: Dann hätte und ja Vogt in der schönsten Weise hinter die Kulissen geführt. Wer hat denn in der Nacht zum 4. Mai den Gasanordnungen während der Nacht schlief, aufgedreht? — Angekl.: Hedrich: Darauf kann ich keine Antwort geben. Und die Selbsterblichkeitsprobe hat Vogt gegen meinen Willen an mir vorgenommen.

Frau Hedrich bestritt indessen weiter jede Beziehung zum Mordversuch, wie zum Mord. Sie habe Vogt vorher ausdrücklich ermahnt, seine Besuche einzustellen, weil sie Schluss machen wollte. — Vor.: Vogt, was haben Sie dazu? — Angekl.: Vogt: Ich die Achseln. — Vor.: Was soll denn Vogt zur Tat nach Herber Ansicht bewegen haben? — Frau Hedrich: Eine Bitte Vogts um Geld mußte abgelehnt werden. Ich vermutete, daß das Vogt in seiner schroffen Art vorzunehmen und es dann zu Streit mit meinem Mann gekommen ist. Die Angeklagte bleibt auch dabei, daß sie sich schließlich von Vogt belästigt fühlte und loskommen wollte.

Angekl. Vogt behauptet auf Befragen eines Verteidigers, daß er seinerzeit wirklich ernstlich der Meinung war, Frau H. wolle mit ihm Schluss machen. — Vor.: Wie kamen Sie dann dennoch zur Tat? — Angekl. Vogt: Ein Verliebter gibt doch die Geliebte nicht so leicht auf.

Darauf befindet der Sachverständige Dr. Bopp-Frankfurt, die Möglichkeit sei nicht abzuweisen, daß Hedrich noch gelebt habe, als der auf ihn gegossene Spiritus brannte.

Untersuchungsrichter Dr. Wolff berichtet, wie er Vogt gemahnt habe, seine Interessen zu wahren und die Wahrheit einzugehen. Vogt habe darauf auch nicht widersprochen, als ihm der Untersuchungsrichter auf den Kopf sagte, daß die Morde mit der Frau Hedrich vereinbart war. Frau Hedrich hat den Gasanschlag nicht bestritten, sondern gesagt, sie sei wegen perverter Mißhandlungen über ihren Mann erbittert gewesen. Ihre Antworten kamen in einer Art Toben. — Angekl. Hedrich (vorgelesen): Gewiß, es war mir damals alles gleichgültig, ich habe alles gesagt, was von mir gefordert wurde. — Untersuchungsrichter Dr. Wolff: Frau H. sagte zu mir, sie habe abhändeln keinen Revolver im Hause gelassen, weil sie ihn sonst längst gegen ihren Mann mal benutzt haben würde. — Frau Hedrich: In meiner damaligen Aufregung werde ich wohl auch diese Bemerkung gemacht haben. Wenn ich dann wieder müde und abgepannt von diesen Fragen war, lag mir an allem nichts. — Untersuchungsrichter Dr. Wolff: Frau H. hat mir ausdrücklich gesagt, daß sie bei vollem Bewußtsein bei dem Mordversuch gewesen sei. Als ich Vogt die Augen geöffnet hatte, daß die Frau nicht das Ideal war, als das er sie sah, gab er

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Wilhelm Rohmann, Kempfenbrunn

an seiner Verwundung vom 9. August am 15. August in Frankreich gestorben

Adam Hann, Niedermittlau

gefallen am 14. September bei Cerna (Frankreich)

Herm. Scherf, Stukkateur, Wallrabenstein

gestorben im Januar in Frankreich

Philipp Grainer, Klein-Schwalbach

gefallen am 18. Februar in Frankreich

Graz Dietrich, Frankfurt-Alstadt

gefallen am 19. Februar bei La Basse (Frankreich)

Philipp Rau, Rüdighelm

gefallen am 21. Februar in Rußland

Christian Krämer, Bockenheim

gefallen im Februar in Frankreich

Peter Haas, Bockenheim

gefallen im Februar in Frankreich

Friedrich Amend, Kempfenbrunn

gefallen in Rußland

alles glatt zu. Auch daß er sich dabei mit Rat schuldig gemacht habe. Die Bemerkung vom Schlammhaken habe Vogt ernst genommen; er wollte nach Heidelberg zurückfahren, alsdann Sonntag zurückkommen nach Darmstadt und die ganze Villa mit Inzassen in die Luft sprengen. Vogt machte auf den Zungen den Eindruck eines Menschen, der von der Rasse seiner Altersgenossen abweicht, manches gelesen, aber nicht verstanden habe. Er gab, wenn er auch Frau H. zu schenken suchte, doch schließlich der Wahrheit die Ehre. Im Gegensatz dazu hat er Frau H. als eine lächerliche Person kennen gelernt. Sie trat mir anfangs mit frecher Stirn entgegen und leugnete da sogar die Intimität ihrer Beziehungen zu Hermann, ja selbst zu Vogt.

Die Verhandlungen werden heute, Donnerstag, fortgesetzt.

Mainz, 10. März. (Einstellung der Rhein-schiffahrt.) Der wegen der Brückengeldbefreiung seit geraumer Zeit nur noch ab und zu betriebene Trajektverkehr zwischen Mainz und Kastel ist von der Firma Georg Winkermann nunmehr gänzlich eingestellt worden. Der Nachverkehr mit der Stadt Mainz war bereits am 1. Oktober v. J. abgefallen.

Limburg, 9. März. (Schwurgericht.) Das Schwurgericht verurteilte die Arbeiterin Rosa Becker aus Bilsen, zuletzt in Limburg wohnhaft, wegen Kindesmords, begangen am 3. Februar 1915 in Limburg, unter Annahme mildernder Umstände zu 4 Jahren Gefängnis.

Ditz, 10. März. (Kriegsanleihe.) Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis bewilligte zur Zeichnung für die Kriegsanleihe 30 000 Mark.

Brachbach, 10. März. (Das Messer.) In der Nacht zum Montag wurde in Dachsenhausen ein hier beschäftigter Arbeiter aus Oesterreich bei einer Keilerei mit dem Messer so gestochen, daß der Schwerverletzte ins hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte.

Darmstadt, 11. März. (Der Hessischen Zweiten Kammer) wurde folgender Antrag unterbreitet: „Die Kammer wolle beschließen, Stahlerzeugnisse Regierung zu ersuchen, alsbald ein Gesetz in Vorlage zu bringen, durch das der während der Kriegszeit erfolgte Vermögenszuwachs zu einer besonderen progressiv gestalteten Steuer herangezogen wird.“ Die Begründung lautet: Der Krieg erfordert Opfer an Gut und Blut in allen Schichten des deutschen Volkes. Die Erwerbsmöglichkeiten sind allgemein vermindert und machen es notwendig, daß in der Lebenshaltung zahlloser Volksglieder eine Einschränkung eintreten mußte. Wollt trägt das Volk alle Opfer in dem Bewußtsein, daß nur das Aufheben und Zusammenwirken aller Schichten der Bevölkerung den endgültigen Sieg Deutschlands ermöglichen wird. Wenn aber in der Zeit der Notlage einzelne es vermögen, infolge des Krieges bedeutende Gewinne zu erzielen, so ist das Verlangen berechtigt, diesen jetzt erzielten Vermögenszuwachs einer besonderen, möglichst hohen progressiv gestalteten Steuer zu unterwerfen. Es darf z. B. auf gewisse Kriegsgewinnsgeschäfte verwiesen werden, die oft große, weber durch Leistung noch durch Risiko gerechtfertigte Gewinne zu machen in der Lage sind. Niemand sollte aus der allgemeinen Not einen Vorteil ziehen, ohne davon wieder einen wesentlichen Teil an die Allgemeinheit abzuführen. Der Antrag trägt die Unterschrift der Genossen Adeln, Busold, Dr. Fuchs.

Aus Frankfurt a. M.

Warnung vor Wahrsagerinnen usw. Die Polizei erläßt folgende Warnung: Gegen alle die Personen, die das Karten-schlagen, Wahrsagen oder anderes Zukunftsdenken betreiben, wird polizeilich mit aller Strenge vorgegangen. Die Tätigkeit dieser Personen wird nicht nur als Schwindel und grober Unfug angesehen, sondern ist auch geeignet, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden und bei dem Publikum oder einzelnen Willkürherrschaften, besonders jetzt in der Kriegszeit, eine Schädigung ihrer Gesundheit und Stimmung herbeizuführen. Das Publikum wird gewarnt, sogenannte Wahrsagerinnen zu besuchen, da die Personallisten der Besucher und vor allem der Besucherinnen polizeilich festgestellt werden, deren zeugenmäßige Vernehmung dann erfolgt, um Unterlagen für die strafrechtliche Verfolgung zu erlangen.

Feldpost.

Wehrmann Scherf 87/2. Sie haben recht! Pflücker und Schröder-Mark. Geld ist prompt eingetroffen. Gähner-Erbengut. Das Abonnement kostet 70, nicht 55 Pf. Karl Korn-Danow. Die Nummer der Kompagnie stimmt nicht. Zurückgekommen wegen der geänderten Adresse: Alfred Ristler — Musikleiter Seidel — Erziehungsrat Schülkamp — Karl Vorell.

Neues aus aller Welt.

Abgebrannte Großmühle. Auf dem Terrain der Goldmühle in Tegel bei Berlin ist Mittwoch morgen in den Kellerräumlichkeiten der Malmühle Feuer ausgebrochen, welches das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern zerstörte. Der Betrieb mußte vollständig eingestellt werden. In den Lösungs- und Aufräumarbeiten beteiligten sich neben der Tegel Feuerwehrgesellschaft auch die umliegenden Ortschaften, von der Vorkriegs-Kriegsgesellschaft und aus Berlin. Der Brand war etwa gegen 10 Uhr vormittags gelöscht. Der Speicher und die Maschinengebäude blieben unversehrt, ebenso die großen Vorräte an Getreide und Mehl. Der Schaden ist sehr erheblich. 1912 ist die Mühle bereits einmal niedergebrannt, aber auf das modernste wieder aufgebaut worden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

Telegramme.

Teuerung als Folge schlechter Verkehrseinrichtungen.

Petersburg, 11. März. Die Teuerung nimmt in allen Städten einen immer stärkeren Charakter an. Dagegen sind alle Lebensmittelpreise auf dem flachen Lande gesunken. Zum Beispiel erhielt der Bauer im Innern des Landes für ein Rubel Weizenmehl 1914 50 und jetzt 25 Rubel. Für Stadtkonsumenten erhöht sich die Preise für Milch, Fleisch und Butter um 25, für Mehl um 20 und für Salz um über 50 Prozent. Für Fleisch, das aus Südrussland kommt, zahlt der Städter ebenfalls außerordentliche Preise. Der Unterschied zwischen dem Einkaufs- und dem Verkaufspreis von Lebensmitteln, der vor dem Kriege durchschnittlich 100 Prozent betrug, stellt sich jetzt bis auf 500 Prozent. Die Ursachen sind großer Wagenmangel und der Fortfall des Westverkehrs.

Letzte Ausfuhrfrist.

Amsterdam, 11. März. (W. B. Nichtamtlich.) Das „Sandelblad“ meldet aus Rotterdam: In Erwartung der näheren Formulierung der englischen und französischen Repressalien gegen deutsches Eigentum zur See wurde genehmigt, daß Schiffe, die bei Bekanntwerden dieser Maßregeln bereits mit Ladung beschifft waren, schon deutsche Güter eingenommen oder zur Ladung angenommen hatten, ruhig damit fortfahren können und nach der Abreise nicht angehalten werden sollen. Alle noch diese Woche abreisenden Schiffe nehmen daher noch deutsche Güter an.

Wiesbadener Theater.

Kleines Theater.

Donnerstag, 11. März, 7 Uhr: Bunter (Hofbauer) Abend. Freitag, 12. März, 8 Uhr (20. Vorstellung): „Als ich noch im Flügelkleide...“ Samstag, 13. März, 7 Uhr: „Das Glück im Winkel“. Sonntag, 14. März, 14 Uhr: „Selbst“. Dasselbe Preise. — 7 Uhr: „Der grinsende Brad“.

Erhebung

über die am 15. März 1915 vorhandenen Kartoffelvorräte.

Auf Anordnung des Bundesrats hat erstmalig eine Zählung der am 15. März vorhandenen Kartoffelvorräte stattgefunden.

Anzeigepflichtig ist jeder, der Kartoffeln in Menge von einem Zentner und mehr in Gewahrsam hat, gleichgültig, ob er der Eigentümer ist oder nicht.

Kartoffelgroßhändler und Landwirte werden durch besondere Aufforderung zur Angabe der am 15. März vorhandenen Kartoffelvorräte aufgefordert.

Alle übrigen Personen, die ihre Angaben über die vorhandenen Vorräte am 1. März dem Magistrat bereits gemacht haben, haben die Veränderungen in den Beständen schriftlich oder mündlich an den Magistrat, Rathaus Zimmer 42 anzuzeigen, soweit diese Veränderungen in den Beständen einen Zentner übersteigen.

Kartoffelgroßhändler und Landwirte, die bis zum 15. März Formulare nicht zugestellt erhalten haben, sind verpflichtet, dieselben auf Zimmer 42 des Rathauses abzugeben.

Alle übrigen Personen, die dem Magistrat Angaben überhaupt noch nicht gemacht haben, sind verpflichtet, Anzeige über ihre Bestände dem Rathaus, Zimmer 42, einzureichen.

Sämtliche Anzeigen sind spätestens bis zum 17. März an Zimmer 42 des Rathauses zu erstatten.

Die Kartoffelmengen sind nur in Zentnern anzugeben. Bestände unter einem Zentner sind nicht anzugeben.

Es sind sämtliche Kartoffelvorräte, einschließlich der zu gewerblichen Zwecken, zur tierischen Ernährung und zur Ausfuhr bestimmten Mengen anzugeben. Abzüge sind unzulässig. Die in Mieten befindlichen Kartoffeln sind nach bestem Wissen und Gewissen schätzungsweise anzugeben.

Wer unvollständige oder unrichtige Angaben macht oder den vorstehenden Anordnungen nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 3000 bzw. 10 000 Mark bestraft.

Wiesbaden, den 9. März 1915.

Der Magistrat.

W 678

Konfirmanden-Anzüge Hüte Wäsche Lehrlings-Bekleidung für jeden Beruf empfiehlt W 684 Rothschild's Arbeiterkl. - Magazin Wellritzstrasse 18. Lieferant des Konsum-Vereins.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren. Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner. 41 Wellritzstrasse 41. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Die Nonne Ein Sittenroman aus dem Klosterleben von Denis Diderot. Einer der berühmtesten kulturhistorischen Romane aller Zeiten. Preis statt 12.2. — nur 40 Pf. Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M. Gr. Hirschgraben 17.

Sie schreiben mir, daß ich das Geld, das ich als Unterstützung erhalte, nicht für die Familie ausgeben soll. Na, weißt Du denn nicht (der Wechsel zwischen „Sie“ und „Du“ findet sich fortwährend), daß ich mit der ganzen Familie zurückgeblieben bin? Wer wird denn meine Kinder ernähren, wer ist verpflichtet, sie zu heilen, wenn ich das Geld nicht für die Familie ausbehalte? Das Geld wird ja zum Unterhalt für die Kinder der Frauen von Reservisten gegeben. Die Unterstützung erhalten wir in diesen Tagen für drei Monate: September, Oktober und November. Glauben Sie nicht wieder von der Unterstützung, daß sie ungenügend ausgegibt wird. (Der Soldat muß also sein Vertrauen gegenüber den russischen Beamten zum Ausdruck gebracht haben.) Sie wird und ganz nach dem Gesetz ausgegibt. Nämlich die Unterstützung wird und durch das Kreisamt angewiesen. Das Geld und die Listen werden zusammengeführt, und der Bezirksvorsteher wird angewiesen, die Verteilung an einem bestimmten Tage vorzunehmen. Nach der Verteilung hat der Bezirksvorsteher wieder die Listen, nach denen er das Geld verteilt hat, dem Kreisamt einzusenden. Wir haben alle ein Büchlein erhalten, in das eingetragen wird, wieviel Geld ausgegibt wird und wieviel Personen es sind. Alles geht geschäftlich zu bei der Zahlung des Geldes.

In einem anderen Briefe teilen die Angehörigen mit, daß sie an Unterstützung 10 Rubel 60 Kopeken für 40 Tage erhalten haben. In einem weiteren Briefe heißt es: „Die Unterstützung habe ich für einen Monat und zehn Tage, 12 Rubel 60 Kopeken, erhalten, und acht Rubel hat Väterchen für die Familie gegeben, und bald bekommen wir noch mehr Unterstützung.“

Die Prügelstrafe im russischen Heer.

Professor Dr. Rudolf Müller ist während des ersten Russeneinsatzes in Ostpreußen drei Wochen russischer Gouverneur in Gumbinnen gewesen. Er schildert seine Erlebnisse in einem solchen erdachten Tage, in dem er über die Vollziehung der Prügelstrafe im russischen Heer folgendes mitteilt:

Die in der Nachbarschaft einquartierten Soldaten, gegen 200, mußten antreten und einen Halbkreis bilden. Der Beurteilte wurde aus der Reihe herausgeholt. Diese hatte unter normalen Verhältnissen Platz für höchstens acht Mann, war aber mit etwa 20 besetzt, die eng nebeneinander auf Stroh lagen. Der Beurteilte war mit dem Kopf und den Füßen befestigt. Er mußte sich nun auf eine gewöhnliche Bank hinlegen, so daß der Kopf über die vordere Kante hinausragte, dann wurde ihm die Hand herunter, das Bein hinabgezogen. Die Arme mußte er unter die Bank strecken, den rechten nach links und umgekehrt, so daß er die Bank umklammerte. Die Hände wurden von zwei Soldaten gefaßt und angezogen, so daß die Brust unbedeckt frei lag. Die Füße wurden auch von zwei Soldaten festgehalten, so daß der ganze Körper sich nicht bewegen konnte. Dann wurde der Kopf herabgedrückt, so daß die Kehle durch die Banklücke zusammengedrückt wurde, damit der Mann nicht sprechen konnte. Auf der einen Seite stand ein Offizier oder Wachmeister, auf der anderen ein Unteroffizier mit der fünfzehnfachen Krone. Der Vorgesetzte zählte nun langsam die Zahl der bestimmten Hiebe, und der andere beobachtete weit ausgeholte Schläge. Jeder Schlag ließ rote Spuren zurück, die blühend wurden, wenn sie frühere Stellen trafen. Erhielt einer zehn Schläge, das gewöhnliche Maß, so konnte er noch sich krümmen, nachgeben; waren es mehr, einmal 20, dann krumpte er nur mit Mühe in das Gefängnis zurück. Es wurden manchmal 10 Mann hintereinander gefoltert wegen Diebstahls, Trunkenheit und momentlicher Inkontinenz erfolgter Unbedachtsamkeit. Die Strafen wirkten auf die zuckenden Soldaten abstrichend. Uns boten sie ein ekelhaftes Schauspiel.

Türkenkämpfe.

Konstantinopel, 10. März. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Agence Mill“ zufolge besetzten die Türken nach der gestern vom Hauptquartier gemeldeten Schlacht in Mesopotamien die Städte Ah wa z und U t a z. Der vollständig in die Flucht geschlagene Feind verstreute sich in der Umgebung von Schuabie. — Nach Meldungen aus sicherer Privatquelle bombardierte der russische Kreuzer „Asold“ gestern 3 u r l a, südwestlich von Smyrna. Während des vorgestrigen und des gestrigen Tages gab die feindliche Flotte gegen die Forts von S m y r n a 239 Schüsse ab.

Konstantinopel, 10. März. (W. B. Nichtamtlich.) Wie aus S m y r n a gemeldet wird, wurden Makrosenkopfen, sowie andere von feindlichen Schiffen stammende Gegenstände und Schiffstrümmen an der Küste angeliefert. Man nimmt an, daß diese Gegenstände von einem feindlichen Minen- u n d e r s t a m m e n, der bei dem Bombardement der Forts von Smyrna untergegangen war.

London, 10. März. (W. B. Nichtamtlich.) Nach einer amtlichen Meldung betrugen die britischen Verluste

bei den Operationen in den Dardanellen am 4. März 25 Tote, 28 Verwundete und 3 Vermisste.

Vajet, 11. März. Nach einer Athener Meldung der „Basler Nachrichten“ ist in den Dardanellen ein weiterer Ueberdreadnought der Klasse „Queen Elizabeth“ eingetroffen.

Schwere Wirtschaftskrise in Italien.

Mailand, 10. März. Die Arbeiterkammer von Carrara erklärt den Generalstreik aller Kategorien, mit Einschluß der Stadtangestellten. Die Agitation ist durch das gänzliche Darunterliegen der Marzandustrie, in der 10 000 Personen beschäftigt sind, veranlaßt. — Aus verschiedenen Orten Venetiens werden schwere Ausfälle der Bevölkerung wegen der Arbeitslosigkeit und der Brotteuerung gemeldet, ebenso aus Perugia. — Bei den Provinzialwahlen in Romagnole in der Provinz Rom brachen in Caprara schwere Unruhen aus. Carabinieri und Soldaten wurden mehrfach verwundet. Von den Tumultuanten sind nach dem „Messaggero“ 7 tot und über 20 verwundet.

Die Kriegsfolgen treffen auch das neutrale Italien schädlich. Die Not der Arbeitslosigkeit muß das Denken verunsichern haben; sonst ließe sich nicht erklären, warum ein Generalstreik der Arbeitslosigkeit abhelfen soll. Kein Wunder, wenn von der Not gepeinigten Massen der Kriegshege verfallen. Die Sozialdemokratie bleibt aber fest: Nach dem „Corriere della Sera“ wurden aus der sozialdemokratischen Partei in Florenz vier Mitglieder wegen interventionistischer Agitation ausgeschlossen.

Der „N. Ztg.“ wird aus Mailand berichtet, daß der italienische Handelsminister dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt hat über die Ermächtigung der Staatsbahn zum Ankauf und zum Betrieb von Frachtdampfern für den Transport von Kohlen und anderen Waren.

Friedliche Politik Griechenlands.

Athen, 11. März. Meldung der Agence d'Athènes. Das neue Ministerium hat die Eidesleistung abgelegt. Die der Presse mitgeteilte ministerielle Rundgebung hat folgenden Wortlaut: Griechenland hatte nach den siegreichen Kriegen das dringende Bedürfnis nach einer langen Friedensperiode, um am Gedeihen des Landes arbeiten zu können. Die Organisation der öffentlichen Verwaltung, seine Streitkräfte zu Lande und zu Wasser, sowie die Entwicklung des Nationalreichtums hätten ihm die mit so vielen Opfern errungenen Güter gegen jeden Angriff gesichert und hätten ihm auch gestattet, ein dem Staatswohl dienendes Programm durchzuführen und eine den nationalen Ueberlieferungen entsprechende Politik zu treiben. Unter diesen Umständen war vom Beginn der europäischen Krise an für Griechenland die Neutralität geboten. Griechenland hatte jedoch und hat immer die unbedingte Aufgabe, seinen Bündnispflichten nachzukommen und der Erfüllung seiner Interessen nachzugehen, ohne freilich die Unverletzlichkeit seines Gebietes gefährden zu wollen. In dem Bewußtsein der Pflicht, auf diese Weise den Interessen des Landes zu dienen, spricht die Regierung die Ueberzeugung aus, daß die Vaterlandsliebe des Volkes ihre volle Wahrung sichern wird.

Die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie.

In der „Welt am Montag“ beschäftigt sich der demokratische Politiker H. v. Gerlach mit der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. Gerlach sieht die Möglichkeit einer Spaltung und beantwortet die Arbeiter, ein solches Unglück für sie selbst und für das ganze deutsche Volk zu vermeiden. Sein von leidenschaftlicher Ueberzeugung getragener Aufruf gipfelt in folgenden Ausführungen:

Das (die Spaltung) wäre gleichbedeutend mit der völligen Loslösung der Sozialdemokratie, mit der Ausschaltung der Arbeiterkraft aus der Neugestaltung der deutschen Politik. Jede Erfahrung lehrt, daß die Spaltung einer Partei in zwei den erbittertesten Krieg der beiden neuen Parteien untereinander im Gefolge hat. Man trennt sich nicht friedlich-friedlich, sondern jeder mit der Absicht, den andern möglichst zu vernichten. Als Nationalsozialist habe ich einst in den neunziger Jahren selbst auf eine Spaltung der Sozialdemokratie gehofft und sie mit

noch von unseren Truppen besetzt, nun kamen wir bis Madon und bekamen das erste Mal in Russland Feuer, ohne Schaden zu nehmen. Nachmittags ritten wir froh ins Dorf hinein und saßen plötzlich sechs Reiter auf uns zu, die wir attackieren wollten. Plötzlich hörten wir hinter uns ein Geräusch. Als wir uns umsahen, kamen von hinten ungefähr vierzig Kosaken angestürmt und waren im Nu mitten unter uns. Nun kam es zu einem schrecklichen Handgemenge, bei dem natürlich wir unterlagen wegen der großen Uebermacht. Sechs Russen sind gleich heruntergeschossen oder gestorben. Ich war immer an der Seite unseres Leutnants. Auf uns hatten es aber die Kosaken abgesehen. Dadurch hatte ein Sergeant und ein Reservist Gelegenheit zu entkommen. Nun war der Leutnant und ich nur noch allein. Der Kosakenoffizier kam hinter mir her und ich mußte mit der Wange nach demselben. Nun parierte er sein Pferd und machte nach der anderen Seite zu dem Leutnant. Die Schlägen sich dann mit Säbeln. In dem Moment kam auch schon ein anderer Kosak auf mich zu, ich drehte aber schnell meine Wange um und der Kosak rannte in dieselbe Linie und pießte sich gleich auf, ich mir aber die Wange dabei aus der Hand. Nun sah ich gerade, wie der Kosakenoffizier unseren Leutnant in den Kopf schlug und der vom Pferde fiel. Nun war ich allein, ich erblinde eine Lücke und sprengte durch. Nun schossen sie hinter mir her und trafen mein Pferd. Dadurch fiel es vor Schmerzen noch schneller, ich sah mich um und sah den Offizier und fünf Mann hinter mir herkommen. Ich hatte Vorsprung, sprang schnell ab und rief den Kosaken raus, da dieselben mich doch eingeholt hätten. Da war auch schon der Offizier bei mir und schlug mich mit dem Messer nach mir, traf mich aber nicht; ich schloß nach ihm und traf auch nicht. Nun schloß ich noch einmal, ich sah sein Pferd weg und führte meinen Säbel nach rechts auf den Boden. Nun kamen die anderen auch heran, von denen ich gleich zwei Mann erschloß. Da erschloß sie meinen Säbel, ich rannte ein Stückchen, drehte mich um und erschloß noch drei Mann, der eine rüde aus. Dann rannte ich in ein polnisches Dorf. Dort schloß man mich zu einem Deutschen, der mich verurteilte, mir zu essen und zu trinken und alte Lumpen gab, die ich anzog. Ich wanderte die Nacht durch bis Kamin, wo ich natürlich für einen Polen gehalten wurde; aber alle Lachen und Schanden, als ich mich zu erkennen gab, und ich bekam zu essen und zu trinken. Dann lief ich wieder einen ganzen Tag, ehe ich wieder zur Schwadron kam, wo natürlich alle auf mich zukamen und mir die Hände drückten, und ich mußte alles erzählen. Der Mittelmeister lobte mich sehr und gestrichelte ich zu dem Brigadefeldkommandeur kommen, der mich auch lobte. Ich hätte nie gedacht, dort wieder herauszukommen und wollte mich nur solange wie möglich verteidigen, dann hätte ich mich selbst erschossen. Durch die Frechheit bin ich gerettet. Aber, liebe Eltern, meine Gedanken waren in diesen Minuten bei Euch. Ich dachte nicht, daß ich noch einmal schreiben könnte, aber es hat so sollen sein. Wir Deutschen fürchten uns nicht, und ich hoffe doch, daß ich wieder nach Legniz komme.

herbeizuführen versucht. Glücklicherweise vergebens. Ränst habe ich meinen Irrtum eingesehen und erkannte, daß die Zukunft der deutschen Völker auf der Geschlossenheit der Sozialdemokratie beruht. Sie ist nun einmal das kräftigste Glied der Linken. . . .

Wer der Linken nach dem Krieg eine maßgebende Stellung wünscht, wer der Arbeiterschaft eine gewichtige Stimme in der deutschen Politik zuerkennen, der muß sich mit aller Kraft der Spaltung der Sozialdemokratie entgegenstellen. . . . Die eine Seite soll mit allen Mitteln die andere zu überwinden versuchen. Aber wer in der Unbedeutendheit bleibt, der soll sich der Mehrheit fügen. Nicht bloß um der Partei, sondern um der gesamten Arbeiterschaft und damit um des Vaterlandes willen.

Nach so notwendig wie die Einheit des Vaterlandes brauchen wir die Einheit der Sozialdemokratie. Sie soll ein bürgerlich und für eine gesunde deutsche Politik der Zukunft.

Worte, von Herzen gesprochen, die zu Herzen gehen! Und so spricht ein Bürgerlicher, ein Außenstehender! Um wie viel näher müssen solche Gedankengänge allen jenen liegen, die bisher mit ihrem ganzen Sein in der Arbeit für die Partei aufgegangen sind!

Gerlachs Befürchtungen mögen übertrieben sein. Seine Mahnung bleibt trotzdem ein Wort zur rechten Zeit!

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der deutsche Generalgouverneur in Belgien teilt durch eine Verordnung, daß das Schulgesetz, welches den Grundlag der Schulpflicht enthält und das im September in Kraft treten sollte, jetzt durchgeführt werden muß.

In Lissabon kam es infolge der Brotteuerung zu einem Konflikt zwischen Arbeitern des Marinarsenals und der Polizei. Die Polizei, die mit Steinen beworfen wurde, machte von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verletzt. Nach Arbeits-schluß fanden neue Zusammenstöße statt. Die Menge wurde mit Schußwaffen auseinander getrieben. Die Ruhe ist, so es heißt, endlich das Telegramm, wieder hergestellt. Ist auch der Hunger beseitigt?

An Lazarettbüchereien hat die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großbörstel im Februar verteilt: 1050 Bücher, 2340 Zeitschriftenhefte, 371 Bilder, 4 Spiele und 100 Karten. Seit Ausbruch des Krieges ist die Zahl der durch die Stiftung an Lazarette verteilten literarischen Gaben auf folgende Summen gestiegen: 78 701 Bücher, 33 515 Zeitschriftenhefte, 3025 Bilder, 18 Spiele und 400 Karten. In letzter Zeit sind besonders zahlreiche Gesuche der Truppen in der Front um Ueberendung von Büchern und Zeitschriften eingetroffen.

Der Berichtigungszwang.

Die sozialdemokratische Presse wird besonders oft mit Berichtigungen bedacht. Nicht deswegen, weil sie viel Unrichtiges enthält, sondern weil sie die Presse ist, die Mißstände risikollos kritisiert. Der Öffentlichkeitscharakter bedingt den Berichtigungszwang, um zu leugnen und die Presse muß, wenn die Wahrheit an sich den Normalitäten des Geschehens entspricht, die Wahrheit aufnehmen, auch wenn sie weiß, daß sie nur Ausreden des mit Recht Getadelten enthält.

Die Rechtsprechung hat in ihrer Gesetzesauslegung gerade auf dem Gebiete der Berichtigungen § 11 des Preßgesetzes fast immer vernünftige Schranken eingehalten. Das Solinger Schöffengericht aber hat in einem Urteil gegen den Redakteur Wessel von der „Berghischen Arbeiterstimme“ Wege eingeschlagen, die eine wesentliche Verschlechterung bedeuten. Eine dem Blatte zugesandte Berichtigung mit Bezug auf eine Frau enthält die Bemerkung: „Die wegen Unterschlagung und Beistellung verurteilte Frau“ (folgt Name), und ferner, daß die Frau „die Gelder wohl einlieferte, dann aber vorzog, überhaupt nicht wiederzukommen“. Mit Bezug auf eine mit Namen genannte Frau heißt es: „vielleicht habe ich auf Ihre Verleumdungen und Verleumdungen bisher geschwiegen“. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn ein Redakteur diese Berichtigungen abgedruckt und von den so gebrauchten Frauen wegen öffentlicher Verleumdung verklagt worden wäre, ihn jedes Gericht verurteilt hätte. Die „Berghische Arbeiterstimme“ lehnte aus diesem Grunde die Veröffentlichung ab. Das Solinger Schöffengericht hielt den Einwand des angeklagten Redakteurs für unbegründet und verurteilte ihn zu 10 Mark Geldstrafe und zum Abdruck der Berichtigung. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Der größte Feind ist die Gleichgültigkeit der Massen!
Genossen! Helft die Gleichgültigen durch Verbreitung der „Volksstimme“ aufzuklären!

Die Arbeitsschule in der Volksschule.

Stadt- und Schulverwaltung in Mannheim beschäftigen sich seit Jahren mit dem Problem der Arbeitsschule. Gruppweise wurde in den letzten Jahren schon der Arbeitsunterricht in den oberen Anobentklassen aufgenommen. Jetzt beschloß man eine durchgreifende Veränderung in der Ausgestaltung der Schulhäuser und der Schulzimmer. Jedes Schulhaus erhält einen Vortragsaal für Erteilung des naturkundlichen Unterrichts. Der Zeichenunterricht wird auch in den Mädchenklassen durch besondere Fachlehrer erteilt. Die ersten und zweiten Schüler- und Schülerinnenklassen erhalten einen ausgesprochenen Anschauungs- und Beobachtungsunterricht mit ausgiebiger Handbetätigung. Je nach den Prüfungsabschlüssen und Erfahrungen soll dann für die ganze Schule die Veränderung und Anwendung des Lehrstoffes gestaltet werden. Bei jedem Schulhaus werden Schularien erteilt. Dieses Programm wird hoffentlich durch den Krieg keine Beeinträchtigung erfahren, da es steigende Ausgaben erfordert.

Notiz.

Der dänische Dichter Thor Lange ist in einem Sanatorium in Rime an Ueberanstrengung gestorben.

Bücher und Schriften.

Der Kleinartenbau hat jetzt besondere Wichtigkeit erlangt als ein Mittel gegen die englische Auswanderungspolitik. Vielleicht und hoffentlich werden recht viele, die jetzt dem Kleinartenbau sich zuwenden, ihm dauernd treu bleiben; denn er ist ein Freund, der viel Freude bereitet und, richtig behandelt, auch wirtschaftliche Vorteile bringt. Er teilt jedem eine Gabe, dem Winter, jenem Frische, aus, — und nicht zu vergessen: natürliches und gesundes Gemüse. Im vorläufigen den Kleinartenbau zu betreiben, dazu gehört aber Vertrautheit mit der Sache oder mindestens ein guter Berater. Die jetzt im 7. Jahrgang im Verlag der „Kosmos“-Gesellschaft (Frankische Verlagshandlung, Stuttgart) erscheinende Zeitschrift „Haus, Garten und Feld“ ist wohl geeignet, die nötigen Kenntnisse zu vermitteln; darum weisen wir empfehlend darauf hin. Auch für die Tiergucht (Bienen, Führer usw.) bringt die Zeitschrift nützliche Hinweise, dazu mancherlei Nützliches für die Hauswirtschaft. Der Verkaufspreis ist vierteljährlich 75 Pfennig; alle 14 Tage erscheint ein Heft. Zu beziehen auch durch die Buchhandlung „Volksstimme“.

Von Kosaken überrascht!

(Feldpostbrief aus der Breslauer „Volksstimme“.)

Am 21. November kamen wir nach Breschen, dann bin ich und zwei Mann und ein Leutnant die ganze Nacht geritten bis morgens um 8 Uhr, da kamen wir nach Kamin. Hier säßten wir eine Stunde und ritten von dort aus auf Patrouille. Kamin war

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. März.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Kraetzel, Dr. Solf, v. Jagow, Dr. Helfferich, Dr. Böck, Zimmermann.

Haus und Tribünen sind sehr gut besucht.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. mit einer Ansprache, in der er dankbar der Kämpfer im Felde gedenkt, auch der Tüfeln, die an den Darboneisen Wacht halten und Neppien als Angelpunkt der britischen Weltberückung bedrohen. England habe den Hunger als Bundesgenossen angerufen, aber mit der Ruhe und Tatkraft, auf die Deutschland stolz ist, eröffnet unsere Admiralität gegen das englische Weltberückung den Krieg mit unseren Unterseebooten, deren Mannschaften und Offiziere schon so viele Beweise ihres heldenhaften Todesmutes gegeben haben. Deutschland aber läßt sich nicht durch Hunger beugen, und wenn unsere Feinde glauben, uns auf diesem Wege und durch die Androhung von Repressalien, die allem Völkerricht Hohn sprechen, würde zu machen, so haben sie sich verrechnet. In ihre Rechnung haben sie nicht eingerechnet die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes, die nicht hilfswillig in sich schlief, als unsere Feinde geglaubt haben. Mögen manche Beschränkungen in den Lebensgewohnheiten nötig werden, die vorhandenen Lebensmittel reichen aus für die Ernährung des Volkes, und die zweite Kriegsanleihe von 5 Milliarden Mark findet begeisterte Aufnahme im ganzen Lande. Unsere Feinde haben in ihre Rechnung nicht eingerechnet das Organisationsvermögen des Deutschen (Weisfall), das Ordnung zu bringen vermag auch in scheinbar unentwirrbarer Verwirrung, die Stärke unserer Landwirtschaft, die Tatkraft und Fingigkeit unseres Handels und unserer Industrie (Weisfall), die, allen feindlichen Gegenmaßnahmen zum Trotz, bis dahin unbekannte Wege und Quellen zu eröffnen verstanden haben, und vor allem haben sie in ihre Rechnung nicht eingerechnet die Einmütigkeit der Nation und den festen Willen zum Sieg.

(Lebhafter Weisfall), der im ganzen Volk unausrottbar vorhanden ist. Angekoren groß sind die Opfer an Gut und Blut, die das ganze Volk müßig dem Vaterlande darbringt, ungekoren die Verluste an Menschenleben, die mit stillem Schmerz und mit entschlossener Geduld getragen werden. Aus den blutigen Schlachtfeldern im Osten und im Westen wird ein dauernder Friede erwachsen, der uns führt zu neuer Blüte, neuer Macht und neuer Größe unseres Vaterlandes. (Wiederholter lebhafter Weisfall.)

Weiter teilt der Präsident u. a. mit: Der frühere Abgeordnete Dr. Weis ist seiner Staatsangehörigkeit vom Staatsministerium für verlustig erklärt worden; dadurch hat er kein Mandat eingebüßt. Ich habe deshalb den Herrn Reichskanzler ersucht, eine Ersatzwahl anzusetzen. Die Angelegenheit des Mandats des Abgeordneten Wetterle wird der Geschäftsordnungskommission übergeben.

Eingegangen ist eine Reihe von Vorlagen. Hierauf wird beschlossen, die Budgetkommission auf 36 Mitglieder zu vergrößern. Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein, und zwar in die erste Beratung des Etats.

Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers Dr. Helfferich:

Der Reichstag wie das ganze Volk sind von dem Gedanken durchdrungen, durchzuhalten, zusammenzuhalten und alle Kräfte einzusetzen, jedes Opfer zu bringen bis zum vollständigen Siege. Er werde mit schweren Fragen an den Reichstag vorzutreten müssen. Ueber sein finanzielles Zukunftsprogramm wolle er nicht sprechen, nur über die Begründung des Etats, der mit 18 Milliarden vier mal soviel als der umfangreichste bisherige Voranschlag abschließt. Die Vorlage begreife nur die verfassungsmäßige Grundlage für das kommende Etatsjahr sicherzustellen. Für das Meer, die Marine und die Kolonien werde ein detaillierter Entwurf überhaupt nicht vorgelegt werden. Die planmäßige Tilgung der Reichsschuld werde mit 88 Millionen Mark aufrechterhalten. Ueber die Tilgung der Kriegsschuld ist später Bestimmung zu treffen. Wie können nicht darauf verzichtet, daß unsere Feinde uns für den materiellen Schaden ersetzen, den sie mit dem freibestimmten Krieg angerichtet haben. Das laufende Finanzjahr wird voraussichtlich einen Ueberschuß von 88 Millionen Mark ergeben. Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert eine erhebliche Mehrausgabe. Trotzdem glaube er, daß der vorgelegte Etat für 1915 nicht nur äußerlich bilanziert, sondern auch ein innerliches Gleichgewicht besitzt. Er erhalte vom Reichstag einen weiteren Kriegskredit von 10 Milliarden.

um die Weiterführung des Krieges finanziell bis zum Spätherbst zu sichern. Das schwerste Opfer seien nicht diese zehn Milliarden, sondern das gute deutsche Blut, das vor dem Feinde vergossen werde. Vor dem Opfermutes unserer Krieger müssen wir zu Hause uns still vernehmen und geloben, alles zu tun, um ihr Los zu erleichtern und die Früchte ihres Kampfes und Sterbens zu sichern. Die erste Kriegsanleihe im September hatte einen bis dahin unerreichten Erfolg auf Grund der ausgezeichneten Leitung der Reichsbank und ihres Präsidenten, der seit Langem das Kreditwesen kriegsmäßig vorbereitet hatte. Auch ein zweiter Appell an die Spar- und Kapitalisten müsse ausgiebigen Widerhall finden. Schande über jeden, der sich taub stellt. Sodann besprach der Reichsschatzsekretär den Stand der Dinge auf dem finanziellen Kriegsschauplatz. Die Franzosen vertrieben eine ihnen angenehme, für den Weltfrieden gefährliche Legende, nur die Gefahr eines vollständigen finanziellen Zusammenbruchs habe im Jahre 1911 Deutschland von dem Ueberfall auf Frankreich abgehalten. Auch England habe unsere Leistungsfähigkeit unterschätzt. Den preussischen Grenadieren bei Waterloo waren

silberne Kugeln unbekannte Munition.

Unsere Art und Unterseeboote schicken ebenfalls mit gutem Stahl und nicht mit Silber. Für die Engländer ist der Krieg eine Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln, für uns die erhebliche Prüfung aller moralischen und materiellen Kräfte des Volkes. Innerhalb können wir dem Gegner mit eigenen Waffen dienen. Das Ausland hat uns falsch eingeschätzt, weil unser Kapitalzuwachs zum größten Teile im Inlande Verwendung gefunden hat. Unsere wohl vorbereitete finanzielle Organisation hat die angesammelten Kräfte auf das Wirksamste zur Geltung gebracht. Die Banken und Sparkassen haben ohne Verzug ihre Verpflichtungen erfüllt und wir haben kein allgemeines Moratorium gebraucht. Auch unser Staatskredit hat sich besser als derjenige Englands und Frankreichs gehalten. Unser laufendes Finanzjahr wird voraussichtlich sogar einen bescheidenen Ueberschuß bringen. Ein zwingender Anlaß für neue Steuern liegt zur Zeit ebenfalls noch nicht vor. Die Finanzierung des Krieges besorgen wir ausschließlich durch Anleihe und durch Kottenausgabe. Die Anforderungen des Reiches an die Reichsbank nähern sich wieder dem Ausmaßungsstadium. Durch die zweite Kriegsanleihe wird die Reichsbank entsprechend abgeräumt. Auch die Artillerie der verbündeten Donaumonarchie hatte einen ansehnlichen Erfolg.

Finanzaktionen der Gegner.

Von den Gegnern hat lediglich England auf dem Gebiete der Anleihepolitik einen bemerkenswerten Erfolg gehabt, jedoch ist auch dort die Operation nicht vollständig geglückt. Die zweite englische Kriegsanleihe mag ebenfalls bald kommen; man wird dann die Bedingungen kennen lernen. Erstmalig ist das Unterwärtigen Frankreich zu durchgreifender finanzieller Aktion. Anscheinend konnten nicht mehr als zwei Milliarden Francs dort aufgebracht werden. Die französische Finanzpolitik besteht zum größten Teil darin, aus Papier mit Aufwand großer Kunst Papier zu machen. Die Pariser Konferenzen über eine von England und Frankreich gewünschte gemeinschaftliche Anleihe scheiterten in den wesentlichen Punkten. Die englische Finanzpolitik verstand es dabei, aus dem mühen Leber der Verbündeten für sich goldene Kiemen zu schneiden. Unter den Notenbanken schneidet die Reichsbank mit dauerndem Goldzufluß am besten ab. Wir wollen auch künftig den erfreulichen Goldzuwachs ausschließlich der vaterländischen Gefin-

nung, keinem Zwange verdanken. Die Bank von England verdankte den Zuwachs einem

Griff in die Goldreserve Indiens

und der Aneignung des Goldes der Ägyptischen Nationalbank sowie der Belgischen Nationalbank und anderen ähnlichen Maßnahmen. Trotzdem zeigt sich jetzt eine Abnahme. Auch in allen anderen Punkten steht die Reichsbank am günstigsten da. Der Januar brachte den

deutschen Sparkassen 390 Millionen Zugang.

Der gesunde und rasche Kreislauf unseres Geldes kommt hoffentlich auch der neuen Kriegsanleihe zufluten. Die ungünstigen ausländischen Wechselkurse berühren nicht die innere finanzielle Stärke und hängen lediglich mit der Unterbrechung des ausländischen sowie des überseeischen Verkehrs zusammen. Zu den größten Phänomenen in all den wunderbaren wirtschaftlichen Vorgängen gehört die

Anpassung der deutschen Volkswirtschaft

an die neue Lage. Die produktiven Kräfte Deutschlands reichen aus, um den deutschen Volkswirtschaft in Rührung und Tätigkeit zu halten. Der Opfermut und die Anpassungsfähigkeit des deutschen Volkes haben aus der Volkswirtschaft eine einzige, gewaltige, unüberwindliche Kriegsmaschine gemacht. Es wird keiner Hunger- und Ernteschwäche gelingen, uns die Lebenslust abzubinden. Zeigen wir uns unseren Brüdern draußen ebenbürtig an Selbstverleugung und Disziplin, so kann der Lohn nicht fehlen: Ein ehrenvoller Frieden wird nach allen Opfern Ausgleich und Verbesserung bieten und die Zukunft wird unser sein. (Lebhafter Weisfall im ganzen Hause.)

Abg. Haase (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion erachtet es als ihre Pflicht, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen. Dieses Bestreben wird nicht durchkreuzt, sondern gefördert durch öffentlichen Kritik, wo sie geboten ist. Wir haben für die Abstimmungen am 4. August und 2. September eine Gegengabe nicht gefordert; für uns ist die Volkswirtschaft kein Handelsgeheimnis. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir können es aber nicht billigen, daß die Regierung uns im wesentlichen nur den Etat vorlegt. Ungeheure Opfer bringt das Volk, mit fast übermenschlicher Kraft tun unsere Krieger ihre harte Pflicht, alle ohne Unterschied in gleicher Weise. Da muß die Regierung endlich dafür sorgen, daß den gleichen Pflichten auch die gleichen Staatsbürgerrechte entsprechen. Die Arbeiterorganisationen haben 20 Armeekorps gestellt, im Kriege und dabei Großes geleistet. Und da soll eine Reichstagsabstimmung vorübergehen, ohne daß die gegen die Arbeiter gerichteten ausnahmsweise Bestimmungen des Koalitionsrechts beseitigt werden? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen die

Gleichberechtigung auf allen Gebieten

als Erfüllung eines längst unabweisbar gewordenen Anspruchs. Wer die Stimmung unserer Brüder im Felde auf ihrer Höhe erhalten will, muß dafür sorgen, daß sie, wenn sie heimkommen, auch nicht einen Tag im Reich, Staat und Gemeinde Bürger minderen Ranges sind. Für Klassenwahlrechte haben in Deutschland kein Platz mehr. Für eine tatkräftige Initiative wird die Regierung die Vollmacht hinter sich haben. Wir verlangen, daß alle Ausnahmestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz entfernt werden und werden Anträge nach dieser Richtung stellen. Verbal hat die Regierung abwartend oder ausweichend, so werden die aus dem Felde heimkehrenden Brüder mit den Dabeimgebliebenen stummlich ihr Recht fordern; nachdrücklicher denn je wird dann der Kampf um die Volkswirtschaft

und um die Demokratisierung unserer Staatsweise geführt werden. Nach der Verfassung darf der Kriegszustand nur solange und insoweit erklärt werden, als die öffentliche Sicherheit es gebietet. Wer mag die Behauptung, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit gefährdet sei. Statt daß der Belagerungszustand aufzuheben würde, nehmen die Beschränkungen zu und erzeugen im Volk eine Erbitterung, von der die herrschenden Kreise keine Vorstellung zu haben scheinen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach werden Versammlungen nur gestattet, wenn das Manuskript des Redners Gnade vor einer Zensur findet, die häufig von Zensoren ausgeht, denen es an Verständnis für politische Fragen fehlt, von denen aber auch das Schicksal von Zeitungen abhängt.

Die Zeitungsverbote spotten jeder Beschränkung.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So ist die „Königsberger Volkszeitung“ auf drei Wochen verboten worden, weil sie unter den Faktoren des Sieges in Masuren auch das Gefährliche im Deutschen Reich eingeführt allgemeine Stimmentzucht und Koalitionsverbot dem russischen Absolutismus gegenüber gestellt hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Soll das verboten sein? Die Zentralinstanzen des Reiches haben ja, wie auch in anderen Fällen, die Aufhebung dieses Verbotes herbeigeführt. Aber die freie Meinungsäußerung hat einen Schlag erhalten. Außerdem bedeuten Zeitungsverbote materiellen Schaden und machen Personen erwerbslos. Verboten wurde die Kartoffelgabe der Rede des Abg. Wurm im Berliner Rathaus über die Kartoffelfrage und in Breslau hat die Präventivzensur sogar gemagt, die Wiedergabe einer Parlamentsrede zu hindern. Diesen Eingriff in ihre Rechte wird sich keine Volkswirtschaft gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So wie der Burgfrieden proklamiert ist, sollen nur gebärgige Parteikämpfe vermieden werden. Es wäre aber ein Unglück für das Volk, wenn alle Grundfälle verlegt werden und

der Burgfrieden ein Kirchhofstrieden

werden sollte. (Sehr wahr!) Beim Verbot des „Vorwärts“ hat der Zensor zugestanden, daß jedes Blatt alle Gesichtspunkte im Lichte seiner Anschauungen erörtern kann. Nur unter diesem Vorbehalt hat der „Vorwärts“ erklärt, daß keine Klassen- und Klassenkampf nicht zu berühren. Damit hat der „Vorwärts“ nur gesagt, daß er einen gebärgigen Kampf nicht führen werde, was er übrigens schon vor dem Verbot nicht getan hat. Dieser Spielraum wird aber den Zeitungen nicht gewährt; Woche für Woche ereignen sich Mahngelungen. Seitern noch wurden in Berlin Frauenversammlungen verboten. Der Reichskanzler will, daß

das deutsche Volk ein freies Volk

werde. Dieser Zustand ist eines freien mündigen Volkes unwürdig und bedarf der Befreiung. Einem freien Volk gebührt die freie Rede. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ganz besonders hat das Volk mitzugehen, wenn beim Abschluß des Krieges die Sozialisten seiner Zukunft entschrieben werden; es hat auch an der Vorbereitung mitzuwirken. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Graufen des Krieges führt in allen Ländern den Wunsch nach

Beendigung des Völkergemeinets.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir dies aussprechen, kann dies nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden; denn unsere militärischen Erfolge sind unbestreitbar, unser Wirtschaftswesen hat sich in überaus starker Weise entwickelt, unsere Finanzen haben sich gestärkt. Der Starke darf zuerst Frieden verlangen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Meine Partei als Vertreterin des internationalen Sozialismus ist freilich die Partei des Friedens gewesen, und die Sozialisten der anderen Länder denken ebenso.

Unter Wunsh ist ein dauerhafter Frieden,

der nicht die Keime neuer Verwundungen und neuer Zwietracht enthält. Kein Volk soll ein anderes verzwandigen, alle vielmehr ihre Kulturgüter friedlich austauschen. Der Wahn, als ob das deutsche Volk vernichtet werden könnte, ist zerstört. Unser Volk ist so wenig zu vernichten, wie ein anderes, das mit aller Kraft seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit verteidigt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bis zum Abschluß des blutigen Ringens haben wir die große Aufgabe, auf jeden Fall die

Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

Durch Hunger kann es nicht auf die Anle gezwungen werden, es muß nur ohne Rücksicht auf Sonderinteressen die Ernährung reguliert werden. Vieles wurde versäumt! Wir haben seit Mitte August die Regierung stets auf die erforderlichen Maßnahmen hingewiesen: rechtzeitige Getreidebeschaffung, Abschachtung und Konfiskation großer Mengen von Schweinen, was die Brotpreise nicht so hoch hätte steigen lassen und die Kartoffeln für die Volksernährung aufbewahrt haben würde. Der unselige Gedanke, durch Erhöhung der Kartoffelpreise auf spärlichen Haushalt hinzuwirken, verdient scharfe Zurückweisung. Jetzt darf kein Interesse dem der Konsumenten vorangehen. Es müssen

Nahrungsmittelwunderer rückwärts blicken

und der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die zurückgebliebenen Bevölkerung darf in dieser Zeit, wo die Kräfte des Volkes auf den Schlachtfeldern verbluten, nicht durch Unterernährung verzwandigen, ein gesundes und hartes Geschlecht soll heranwachsen. Dazu ist nötig, daß Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen beschafft werden. Die auf keinen Fall ganz zu vermeidende Steigerung der Preise macht eine

Erhöhung der Unterstützungsgelder

zur gebieterischen Pflicht; das Militärversorgungsgesetz und die Versorgung der Hinterbliebenen müssen abgeändert werden. Um die enormen Ausgaben decken zu können, muß denjenigen, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen vermehren, ein großer Teil dieses Zuwachses vom Reich genommen werden. Das Befehlswesen kann nicht auf diese Kosten ausgebaut werden. Verzwandig mühte es sich, wenn Spekulanten und Diebstahler, die aus der Not des Volkes Geld gemünzt haben, ungehindert davonkommen sollten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns darum bemühen, daß in dieser Reichstagsabstimmung in schwerer Zeit eine wirksame und erfolgreiche Arbeit geleistet wird, damit die großen Aufgaben einer gedebligten Lösung entgegengehen. (Lebhafter Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Namens der übrigen Parteien des hohen Hauses, mit Ausnahme derjenigen der Polen, habe ich zu erklären: Einige Ausführungen des Vorschlages sind teilweise bereits erörtert worden, und somit ist nicht der Fall, daß sich dazu in der verbleibenden Budgetkommission, in die ich diesen Etat zu überweisen beabsichtige, Gelegenheit geben. Aber ein Punkt zwingt mich doch zu einer Entgegnung, da die Ausführungen des Vorschlages über den Frieden im Auslandes Anlaß zu Mißverständnissen geben können. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein, nein!) Es soll der Krieg nicht um des Krieges wegen, sondern um des Friedens wegen geführt werden, aber

nur eines Friedens, der mehr als bisher der deutschen Arbeit freien Wettbewerb und Wachstumsfähigkeit und uns Schutz gegen fremdliche Angriffe bietet.

Wir erreichen dieses Ziel, wenn wir weiter siegreich mit aller Kraft bis zum Ende kämpfen. (Weisfall.)

Abg. Seid (Volk): Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären: Soweit wir den vorliegenden Etat übersehen können, enthält er keine Position, gegen die wir prinzipiell Bedenken zu erheben hätten. Wir fühlen indes das Bedürfnis, auch diesmal unser früheres Verlangen zu wiederholen, daß sämtliche Ausnahmestimmungen im Reich und in den Bundesstaaten schon während des Krieges aufgehoben werden. (Sehr richtig! links und Weisfall bei den Polen.) Wir behalten uns vor, im Verlauf der weiteren Verhandlungen darzulegen, daß dies nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch dem Interesse des Reiches entspricht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Mit ist kein Reichsgeheimnis, das speziell die Rechte der deutsch-polnischen Nationalität schmälert. (Zuruf: Sprachenparagraf!) Zweifellos werden die großen Ereignisse, die der Krieg gebracht hat, und vor die Notwendigkeit stellen, zu prüfen, inwieweit

unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf.

(Hört! Hört!) Während des Krieges ist das aber nicht angängig. Solange unsere Feinde an den Grenzen kämpfen, sollte man über Differenzen nicht diskutieren. Ich bebaure die Ausführungen des Abgeordneten Haase, da sie auch jenseits der Grenzen falsche Auffassungen über das Verhalten der verbündeten Regierungen erwecken können. Ausnahmestimmungen gegen einzelne Parteien oder Volkskreise gibt es nicht, wenn auch einzelne persönliche Beschränkungen selbstverständlich sind. Den Eindruck, als ob solche Gesetze bestünden, muß ich vermeiden. Beschwerden über unrichtige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften sind geprüft und als unbegründet nachgewiesen worden. (Anruf bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsleitung und die verbündeten Regierungen sind reichlich bemüht, durch die Handhabung der Gesetze zu beweisen, daß ihnen alle Vorteile gleich stehen und daß sie sich ihrer Pflicht voll bewußt sind, was sie einem Volke schulden, das mit solcher Einmütigkeit für die Sicherheit des Vaterlandes kämpft. Wir benutzen den Kriegszustand nicht dazu,

die verfassungsmäßigen Freiheiten des Volkes

zu beseitigen, sie sind nur eingeschränkt, solange dieser vorübergehende Kriegszustand dauert. Der Belagerungszustand ist verhängt auf Grund wohlgegründeter Ermagungen und im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die der Reichskanzler hierfür hat. Diese Verantwortlichkeit des Reichskanzlers erstreckt sich aber nur auf die Frage der Verhängung des Belagerungszustandes. Was die Militärbehörden unter dem Belagerungszustand tun, entzieht sich der Nachvollkommenheit des Reichskanzlers. Er kann nur, wie es mehrfach geschehen ist und was auch der Abgeordnete Haase anerkannt hat, geschehen eingreifen. Die Erteilung dieser Vermittelnden Tätigkeit zeigen, das nirgends die Absicht besteht, irgend jemand des Rechtes ohne Notwendigkeit zu beseitigen. Nichts ist also unrichtiger, als wenn durch solche Worte, wie sie der Abgeordnete Haase gebraucht hat, im Ausland die Ansicht erweckt wird,

bei uns herrsche ein Schreckensregiment.

Die Beschränkungen der persönlichen Freiheit treffen jedermann ohne Unterschied der Partei oder Person. In der Kommission werden wir über die Wünsche, die der Abgeordnete Haase hier vorgetragen hat und von denen einzelne diskutiert sind, noch sprechen. Auch dem Abgeordneten Haase kann ich sagen, daß nach dem Kriege die Frage der

Neuorientierung unserer inneren Politik

einer Prüfung unterzogen werden wird. Mögen also alle Parteien jetzt der Regierung gleich volles Vertrauen entgegenbringen, damit wir zu einem Siege gelangen, dessen Früchte uns nicht wieder entzogen werden können. (Weisfall.)

Hierauf wird auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Zentr.) der ganze Etat der verstärkten Budgetkommission überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung 5 Uhr 35 Min.

Abendigung.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Dr. Helfferich, Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 6 Uhr. Einige Rechnungsabgaben werden an die Rechnungscommission verwiesen, ebenso geht die Anleiheentwurf 1914 und der Entwurf des Reichs-Kontrollgesetzes an eine Kommission. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betr. Ausgabe von Reichsschatzschleinen und Reichsschatznoten zu 10 Mark. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols postierte ebenfalls ohne Diskussion. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag den 18. März, 2 Uhr.